

Erstklassig
nachmitt. mit Anhang
des Sonn- und Feiertags.

Abonnementpreise
monatlich 60 Pfg.
vierteljährlich 1.60 Pfg.
Halbjährlich 3.00 Pfg.
Jahrespreis 5.40 Pfg.
Durch die Post bezogen
1.00 Pfg. extra. Beleggeld.

Die Neue Welt
(Anhaltungsbeilage)
durch die Post nicht bezogen,
jedoch monatlich 10 Pfg.,
vierteljährlich 30 Pfg.

Stephan Nr. 1047.
Kriegsmann-Druckerei.
Wohlschlag Halle.

Volkswacht

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Saugerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Infektionsgebühr
zuzüglich für die gesamte
Politik aber deren Raum
20 Pfennig.
Für anmerkungswürdige
25 Pfennig.
Im reaktionären Falle
kann bis 75 Pfennig.

Infektion
für die halbe Nummer
zuzüglich für die
zusätzliche 10 Mark in der
Kapitalien aufgaben
ist.

Abgezogen in die
Polizeigebühren.

Um das Wahlrecht.

Kommt die preussische Wahlreform?

Der Berliner Lokalanzeiger vom Sonntag meldet:
Das preussische Staatsministerium hielt gestern abends
eine Sitzung ab. In ihrer Meldung in der Abendausgabe vom
Freitag, daß in der Wahlrechtsfrage vom Staats-
ministerium bedeutungsvolle Beschlüsse gefaßt
worden, können wir heute dahin ergänzen, daß die Ein-
bringung der Vorlage zur Reform des Wahlrechts an den
Landtag mit Sicherheit zu erwarten ist.

Nach am Freitag veröffentlichte die Deutsche Tageszeitung,
daß die Vorbereitungen zur Wahlreform noch nicht abge-
schlossen wären und daß die Kronrede bestimmte Änderungen
über die geplante Gestaltung des neuen Wahlrechts nicht ent-
halten werde. Dazu steht die Meldung des Lokalanzeigers in
schroffem Widerspruch. Entweder ist also eines der beiden
Blätter falsch unterrichtet, oder es muß in der Sitzung des
Ministeriums vom 18. Dezember ein völliger Umschwung der
Absichten zutage getreten sein.

Daß eine Wahlreform in Preußen unermeidlich ist, das
steht heute auch schon ein großer Teil der Konserveration ein.
Je länger die unermeidliche Reform hinausgeschoben wird,
desto härter wird die Monarchie untergeben, desto größer
werden die Zugeständnisse sein müssen, die die Regierung an
die Wahlrechtsbewegung zu machen gezwungen sein wird. Ein
Verlust, das Versprechen vom 30. Oktober 1908 sobald wie mög-
lich, möglichst zum 1. September, zu erfüllen und für die
Zukunftsfähigkeit dadurch noch möglichst viel zu retten, wäre
daher auch im Sinne einer reaktionären Staatsmannschaft
durchaus verständlich.

Eine Wahlreform, die den Wünschen der übergroßen Mehr-
heit des preussischen Volkes auch nur einigermaßen entspricht,
darf man natürlich von den jetzigen Ministern Wilhelms II.
nicht erwarten. Das preussische Staatsministerium wird nicht
um Haarsbreite mehr zugestehen, als was es sich durch den
Druck der Volksmassen gezwungen sieht. Die Minister von
Reinholden, v. Arnim, v. Moltke, v. Zotti zu
Soll überlassen ja Herrn v. Bethmann Hollweg an ultra-
konserverativer Gesinnung, und die bürgerlichen Herren Breiten-
bach, Meißner und Sydow sind einfache Bürokranten, die auf
die Seite des Stärkeren fallen. Im ganzen preussischen Staats-
ministerium liegt kein einziger Mann, den man auch nur als
rechtsnational-liberal bezeichnen dürfte, der Herr Minister-
präsident, den man allenfalls als alten gemäßigten Frei-
konservativen bezeichnen kann, ist in diesem Kollegium das am
meisten nach „links“ vorgeschrittene Element! Das ist be-
zeichnend.

In die Hand dieser Herren ist zunächst die Formulierung der
preussischen Wahlreform gelegt und von da geht sie an die
jungerliche Dreiklassenkammer und an das preussische Herren-
haus.

Von den gelegentlichen Faktionen des preussischen Staates
ist nichts zu erwarten, was die Wünsche der Wahlrechtsfreunde
nur halbwegs befriedigen könnte. Das ist ganz natürlich und
auch ganz gut so. Geschiedene Rechte sind ohnehin wertlos.
Wenn das preussische Volk nicht darauf warten will, daß ihm
Rechte geschenkt werden, sondern wenn es sich sein Recht er-
kämpfen will, dann ist mit der angeblich bevorstehenden
Wahlreform noch nicht das letzte Wort zur preussischen Wahl-
rechtsbewegung gesprochen.

Von einer Scheinreformvorlage der preussischen Regierung
ist kaum viel mehr als der eine Vorteil zu erwarten, daß sie
die Einsicht in die Notwendigkeit einer wirklichen Reform
überall verbreiten wird, zugleich mit der Erkenntnis, daß das
gleiche Wahlrecht in Preußen nur durch die
äußerste Anspannung aller Massenkraft er-
zweckt werden kann. Ohne Anspannung, Opfer, Gefahr
kein Sieg! Diese alte Wahrheit bleibt wahr, ob man die zum
Januar angelegte Wahlreform kommt oder nicht kommt!

Der „Kern“ der Reform.

Die „große“ Wahlrechtskommission des Berliner Tageblatts
hat bekanntlich nachträglich schon ein Loch erhalten, indem einer
der Unterzeichner, der Professor Biermer in Gießen, öffentlich
erklärt, daß er bestelle kein gleiches Wahlrecht will. Der
Optimismus des W. L. ist dadurch aber nicht im geringsten
getrübt. Tags darauf beruht es sich gerade auf diese Gerüch-
tzerung des Professors Biermer und bezieht, in Lieberer-
stimmung mit ihm, die geheime Wahl als den „Kern“ der
Reform. Es hat sich also vollständig damit abgefunden, daß
auf das gleiche Wahlrecht kein Gewicht weiter gelegt wird.
Und das W. L. betritt den linken und „energischsten“ Flügel
des Freisinnigen. Das läßt tief blicken! Die preussischen Ar-
beiter werden also gut tun, sich von der Hilfe dieser liberalen
Kämpen nicht allzu viel zu versprechen.

Widerum ein Wahlrechtsraus!

Das unaufhaltsame Anwachen der Sozialdemokratie löst
prompt die Anwendung der brutalen Gewalt der herrschenden
Klassen zum Abwehr des Bedrohens aus. Zu den jetzt fast
täglich gemeldeten Fällen von Wahlrechtsverflechtungen
kommt heute der folgende.

Den Sozialdemokraten in Oelsnitz i. V. gelang es, bei
der letzten Stadtverordnetenwahl vier neue Mandate
zu erobern, so daß sie jetzt sieben von 18 Sitzen einnehmen.
Freigermeister Landtagsabgeordneter Dr. Schanz brachte am
Freitag in der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage ein,
das bestehende gleiche Wählerrecht in ein Vierklassen-
wählerrecht (Berufswählerrecht) zu verhandeln. Den
sozialdemokratischen Vertretern wurde erst zwei
Tage vor Stattfinden der Sitzung der geplante Wahlrechts-
raub mitgeteilt. An der Versammlung beteiligten sich auch
die mit Jahresabschluss aus dem Kollegium auscheidenden
bürgerlichen Vertreter. Die Wahlrechtsveränderung wurde
ohne Debatte mit allen gegen die Stimmen unserer
Vertreter angenommen. Unsere Vertreter gaben die Ver-
kürzung ab, daß sie sich an der Diskussion nicht beteiligen
wollten, die Art der Einbringung der Vorlage ungesetzlich ist. Ohne
daß dieselbe dem Verfassungsausschuß vorgelegen hat, ist
dem Kollegium zur Beschlußfassung unterbreitet worden. Im
Besprechungsraum werden die gestohlenen Beschluß anfordern.
Tags vorher hatte eine überfüllte Einwohnerversammlung
gegen den geplanten Wahlrechtsraub protestiert; die bürger-
lichen Stadtverordneten zeigten den Wahlen durch ihren raschen
Beschluß ihre Macht.

Nun weiß die Arbeiterklasse, daß es schon hart auf hart
kommen wird, um nur bestehende kümmerliche
Rechte zu erhalten — ganz abgesehen davon, neue zu er-
ringen! Küßt, rüßelt! Stärkt die Reihen der Sozialdemo-
kratie!

Neueinteilung der Reichstagswahlkreise

Der Magistrat von Charlottenburg hat beschloffen, an den
Reichstag eine Petition zu richten, den Wahlkreis Teltow-
Beeskow-Steinort-Charlottenburg in mehrere
Kreise zu zerlegen, derzeit, daß der Stadt Charlottenburg zwei
Vertreter im Reichstags ausgesandt werden.

Das Verlangen des Charlottenburger Magistrats ist sehr
bescheiden. Im Jahre 1867 hatte Charlottenburg 14 000 Ein-
wohner und wurde daher damals mit Niddorf, Schöneberg und
anderen kleinen Nestern zum Kreis Teltow-Beeskow ge-
schlagen. Heute hat Charlottenburg über eine Viertelmillion
Einwohner, und wird bald das dritte Umland über-
schritten haben. Der ganze Kreis Teltow-Beeskow ist mit
seinen 248 000 Wahlberechtigten der größte, durch die veraltete
Wahlkreiseinteilung am meisten benachteiligte Kreis des
ganzen Reiches.

Der Magistrat von Charlottenburg hätte richtiger gehandelt,
wenn er einfach die Ausweisung des § 5 des Wahlgesetzes vom
31. Mai 1869 gefordert hätte, monach „eine Vermehrung der
Zahl der Abgeordneten infolge der steigenden Bevölkerung
durch das Gesetz bestimmt“ wird. Nach dieser Bestimmung ist
eine allgemeine Neueinteilung der Wahlkreise längst fällig.

Inmehrin muß dem Charlottenburger Magistrat das Ver-
dienst zuerkannt werden, daß er sich um die staatsbürgerlichen
Rechte seiner Mitbürger befragt zeigt. Wenn sein Beispiel
von den anderen Magistraten, die sich in einer ähnlichen Lage
befinden, befolgt würde, dann würde ohne weiteres klar werden,
daß mit der Spiegellage nichts zu erreichen ist, und daß
man um die allgemeine Neueinteilung nicht herum kommt.
Die Stadtvertretungen der Regierungen von Berlin, Ham-
burg, Altona, Reichen, Bodum, Bremen, Weßlau, Chemnitz,
Köln, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld,
Karmen, Essen, Frankfurt a. M., Götting, Halle a. S., Ham-
nover, Kattowitz, Kiel, Königsberg, Leipzig, Magdeburg,
Mannheim, Minden, Nürnberg, Offenbach, Oetting, Stras-
burg, Stuttgart und Weiden wären die ersten, die sich rühren
würden. Außerdem käme noch eine Unmasse kleinerer Kom-
munen in Betracht, deren Bevölkerung durch die Lage des Orts
in einem überbevölkerten Kreis in ihrem staatsbürgerlichen
Rechte aus schwerer benachteiligt wird.

Von sozialistenrechtlichen Bewegungen löst sich der
Charlottenburger Magistrat nicht. Das gerade Gegen-
teil ist der Fall. Durch die Kreisauflösung Charlottenburgs
und seine Teilung in zwei Kreise soll wenigstens die eine
Halbte der Stadt von der „Schande“ befreit werden, im Reichs-
tag sozialdemokratisch vertreten zu sein. Hier zeigt sich der
Charlottenburger Magistrat viel konsequenter als die National-
liberalen, die immer darüber jammern, daß die großen Städte
im Reichstags sozialdemokratisch vertreten sind, aber von
einer Neueinteilung der Wahlkreise, die den bürgerlichen
Elementen etwas mehr Luft verschaffen würde, nichts wissen
wollen.

Wohlgeht geteilt es der Münchener Stadtvertretung, die ja
die Behandlung der ganzen für die städtische Bevölkerung über-
aus wichtigen Angelegenheit auf dem deutschen Städtetag ge-
fordert hat, die übrigen deutschen Kommunalvertretungen in
Bewegung zu bringen. An Unterstützung von sozialdemo-
kratischer Seite wird es ihr hierbei gewiß nicht fehlen.

Freisinnige Wahlrechtslebenskraft.

In dem kürzlich veröffentlichten Programmheft der
zu gründenden Deutschen Freisinnigen Volkspartei werden mit
Recht alle jene Forderungen vermischt, die von einer
liberalen Partei hätten aufgestellt werden müssen, a. B. die
Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen
Wahlrechts für alle Vertretungsorgane. Aber selbst
Wieseler-Weltung schon viel zu weit. In einer Ver-
sprechung des Entwurfs wird dem Programmzitat: „All-
gemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für die
Volksvertretungen der Einzelstaaten, Reform des Kommunal-
wahlrechts unter Beteiligung der Massenmassen und der
öffentlichen Stimmabgabe“ eine befondere Betonung ge-
schrieben. Das Blatt wirft die Frage auf, ob die Urheber des
Entwurfs wirklich die Absicht haben, den Programmpunkt des
allgemeinen Wahlrechts auf die kaiserlichen Stadtstaaten
auszuheben, und schreibt dann:

„Das heißt doch Hamburg und Rüst ein für die Sozial-
demokratie ausliefern, zumal der Erwerb des Bürgerrechts
dort der denkbar leichteste ist. In kürzester Zeit würde durch
Eintritt der kulturreichen Bevölkerung in den Staatsver-
band die Wählerkraft des Staats mit dem Reichstags-
wahlkreise identisch sein. Auch für Bremen würde die
gleiche Gefahr heraufbeschworen, wenn auch der Erwerb
des Bürgerrechts an eine Gebühr geknüpft ist. Wenn man
— mit Recht — eine sozialdemokratische Kommunalverwal-
tung für Berlin für unzulässig hält, so muß man sagen, sie
dürfte auch in Hamburg nicht Platz greifen. Sie ist für die
Kommunale sogar noch viel unerkennbarer als für Städte in
einem der anderen Einzelstaaten. Über einer sozialdemo-
kratischen Verwaltung Berlins oder Magdeburgs würde
inner noch der preussische Staat stehen; er würde durch
seine Gelege die Stadtverwaltungen vor sozialdemokratischen
Ausrichtungen hüten. In Hamburg, Lübeck, Bremen gibt
es über der Stadtverwaltung keine Staatsverwaltung. Die
Verwaltungs- und Vertretungsorgane fallen zusammen. Das
allgemeine Wahlrecht für die Großstädte hieße also einfach
deren Auslieferung an die Sozialdemokratie. Das kann die
neue Deutsche Freisinnige Volkspartei nicht wollen.
Ihre Parteigenossen in den kaiserlichen Bürgerstaaten
wollen sie ebenfalls nicht. Bremen hat seit anderthalb
Jahren Verfassungskämpfe durchgemacht. Sie ist für die
Kommunale Wahlrecht zur Bürgerkraft oft berührt worden ist.
Ein allgemeines Wahlrecht ist hier und da verlangt wor-
den, aber manche Redner, die auf der äußersten bürgerlichen
Linie stehen, haben nun heraus erklärt, daß sie eine Aus-
bebung des allgemeinen Wahlrechts für die ganze Bürger-
schaft nicht wünschen, ja, daß sie solches für das größte
Unglück Bremens halten.“

Das ist sehr klar und deutlich. Der Freisinn unterliegt
hier dem allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Parteien, nur
das wirklich anzustreben, was der eigenen Partei Vor-
teile bringt. Die Forderung des gleichen Wahlrechts für die
Einzelstaaten ist also im Grunde eine Heuchelei; sie wird nur
dort ernsthaft betrieben, wo der Freisinn für jene kapita-
listischen Schäden Nutzen herauszulegen will, die hinter ihm
stehen. In Preußen ist der Freisinn von den Junkern an die
Wand gedrückt, da tritt er (treulich auch nur auf dem Papier,
nicht mit der Faust) für ein gleiches Wahlrecht ein. Aber in
Hamburg, Bremen, Lübeck herrscht er bereits durch das
Gefahrenwahlrecht, da kennt er sich gegen die
Veränderung. Die industriellen und Handelskapitalisten her-
schen dort durch den Liberalismus — sie wollen den Akt nicht
abgeben, auf dem sie sitzen.

Durch diese Tatsache wird der Wert der Forderungen des
neuen freisinnigen Einigungsprogramms treffend beleuchtet.

Liberaler Selbstheit.

Die liberalen medienburgischen Abgeordneten Graf Wi-
thmer, Bink und Böhme haben im Reichstag einen
Initiativantrag eingebracht, der hinter Artikel 3 der Reichs-
verfassung den Druck angebracht wissen will:

In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Bevöl-
kerung herbeigekommene Vertretung bestehen, deren Zu-
stimmung zu jedem Bundesgesetz und zur Feststellung des
Staatshaushalts erforderlich ist.

Dadurch soll Medienburg von Reichs wegen dazu ge-
zwungen werden, eine Verfassung und einen gewissen Landes-
tag einzuführen. Der Antrag ist aber eine erbärmliche libe-
rale Selbstheit, denn er sagt nicht, wie das Wahlrecht be-
schaffen sein soll. Was die medienburgischen Fürsten bisher
vorschlugen, war bekanntlich ein Schritt auf jedes Wahlrecht.
Aber die Liberalen sind ja bekanntlich nur Scheinbare
Freunde des gleichen Wahlrechts, das erklärt auch diesen
Antrag.

Nur noch kurze Zeit!

Total-

Benutzen Sie die Gelegenheit!

Spielwaren-Ausverkauf

wegen Aufgabe des Artikels.

Zu **Fest-Geschenken besonders geeignet** empfehlen wir:

Wirtschafts-Artikel.

Handtuchhalter Delft. Einl. 95 65 **50** Pt.

Elerschränke Delft. Einl. 95 75 **50** Pt.

Wringmaschinen 14.95 12.80 **9** 75

Waschmaschinen 19.50 **12** 50

Engl. Kohlenkasten 3.50 2.75 **1.95** Pt.

Eleg. Ofenschirme 7.50 4.50 **95** Pt.

Berliner Platten 3.50 2.65 **2** 25

Spiritus-Platten 7.50 6.50 **5** 50

Kaffeeservice echt Porz., 1 6 Pers. 145
9.50 7.50 6.50
4.50 3.50 2.25

Kuchenteller echt Porz., bunt dekoriert 35 Pt.
95 75 50

Waschservice bunt dekoriert Von 25.00 bis 135
3.50 2.95 1.95

Tafelservice echt Porz., Feston-Goldr. 6 Pers. 23teil. 140
echt Porz., Fest-Kantendekor., 6P., 23teil. 175

Wirtschafts-Artikel.

Solinger Bestecke 95 50 40 **22** Pt.

Tranchier-Bestecke 1.95 **95** Pt.

Alpakka-Esslöffel 50 45 **38** Pt.

Alpakka-Teelöffel 35 25 **20** Pt.

Aluminium-Esslöffel 22 18 **15** Pt.

Aluminium-Teelöffel 12 10 **8** Pt.

Obstmesser-Garnituren von 3.00 bis **95** Pt.

Taschenmesser in grosser Auswahl von 3.00 bis 50 **35** 25 Pt.

Küchen-Garnituren in grosser Auswahl.

Herrlicher Baumschmuck.

Stahnl-Lametta 19 Karton Pt. Schiller-Locken 32 Karton Pt. Wunderkerzen 10 Karton 12 Stück Pt. Engels-Gelächte 18 Stück 32 Pt.

Baumlichte

in Kartons à 30 24 15 und 12 Stück 38 32 25 20 Pt.

Küchenwagen 1 75
Von Mk. 8.50 bis 2.25 1.95

Reibemaschinen 95 Pt.
Mk. 3.25 2.35 1.95 1.50



Fleischhackmaschinen 2 95
Mk. 4.95 3.95

Kaffeemühlen 95 Pt.
la Mahlwerk, von Mk. 5.- bis 1.50 1.25

Grosse Ulrichstrasse 54.

ff. Weihnachts-Parfümerien:

Toilette-Seifen, schöne Kartons zu äusserst billigen Preisen.

Baumlichte.

Schiffbaumschmuck.

Sichthalter.

Drogerie Max Rädler, Marktstrasse 2.

Apfel!

700 Str. Tafel- u. Wirtschaftäpfel in großer Auswahl, in Sorten und einzeln, 12 Stück von 75 Pf. an, verkauft billig.

Heinrich Schmuhl, Zeitstrasse 16, Hof, Bräuerstrasse 15, Laden.

Berner Kleiderhoff-Niederlage eine Treppe (am Hallmarkt).

Damentuche 3.50 p. Stk., 120 cm br. Hervorragende Qualität mit Seidenpland. — Großes Farbensortiment. Kleiderstoffe schwarz, rot, farbig.

Bauschlächter.

Billigste u. beste Bauschlächter für trockene u. gelassene Säume bei Halle a. S.

Ostf. Vaprosch, Al. Ulrichstr. 1.

Gürtelschnallen neue, preiswerte Muster.

C. F. Ritter, Straße 90.

Vielleicht wissen Sie es noch nicht?

dass wir unsere originellen und hochmodernen Schmucksachen, die seither teilweise

5, 4 und 3 Mark gekostet haben, zu dem fabelhaft niedrigen Preise von



Unsere Produkte erfreuen sich der grössten Popularität u. Anerkennung des In- und Auslands. Dieselben sind elegant ausgeführte Kopien der Goldschmiedekunst, gefasst mit unsern

wunderbar strahlenden und leuchtenden Brillantsartificiels (Juwelen-Imitationen), den echten Brillanten und Juwelen. Aussehend ähnlich, getragen in den ersten Gesellschaftskreisen als Ersatz für echt.



Ringe. Broschen. Ohrringe. Krawattennadeln. Manschettenknöpfe. Armbänder. Colliers. Hutnadeln. Anhänger. Herren- u. Damen-Uhrketten.



Garantie auf jeden bei uns gekauften Gegenstand.

Bijouterie de Paris, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 29.

Wunderbar mit der gähende **Christbaum-Spitze.**

à Stk. 55 Pf. bei Ernst Fischer, Moritzwinger 1.

Man währen jeder Art bei billig

R. G. Wolholz, Holz b.

Das beste **Christbaumgebäck** ist **Echt Kölner Spekulatius** Pr. 20 Pf. täglich frisch bei **Max Känel**, Geisstr. 46. März 12. Fernruf 2051.

Weihnachtsgeschenke empfiehlt zu bekannt billigen Preisen **Goldschmied Zanke** vorm. P. Thiesfeld, Leipzigerstrasse 27, am Turm.

Baum-Konfekt, 100 g. 1 Mk. Ihre gutschmeckender Baumzucker, **Johns. Wilhelms Konditorei**, Leipzigerstr. 59.

ff. Spitzkugeln (Hochgl. mit Schokolade überzogen) empfiehlt **Albert Hampe**, Leipzigerstr. 66. Mitgl. d. Rabatt-Spar-Vereins.

Wer kauft hier in **Hetstetted?** Bauunternehm. Rudolf Kirst.

Forderung an den Gastwirt **Theodor Robitsch**, Cölnerstrasse 68, zu verkaufen. **Otto Schumann**, Pringensstr. 18.

Möbel • Kleiderstreu 27 Mk., Vertik. Bettstelle u. Matr. u. Waschb. u. Anst. 19 Mk., Schreibtisch 34 Mk., Kleintisch in el. Pr. v. v. Karl Bieler, Albrechtstr. 2.

Rüschen u. Krawatten, grösste Auswahl, neueste Muster, billige Preise. **Albert Hammer**, Geisstrasse 52.

Ernst Haeckel Volksausgabe. Preis 1 Mk. Volks-Schulbildung.

Stadtsammlige Nachrichten. Ost- u. Süd (Steinweg), 18. Debr. **Geschäftsausgabe:** **Edwin Hubner** und **Agnes Popphardt** (Weien und Merseburgerstr. 64). **Normer Lorde u. Martha Schuler** (Zoostrasse 40) und **Hilberberger 30**. **Schäffer Zoopark** und **Margarete Bünche** Geisstrasse 94 und Al. Ulrichstr. 29. **Arbeiter Jungmann** und **Else Garbow** (Schwermstrasse 22) und **Dorotheenstrasse 4**. **Horizontaler** **Gieseler u. Ida Riech** (Gr. Olenstrasse 29) u. **Holzdorferstrasse 4**. **Arbeiter Bachmann** und **Luise Thobauer** (Mörsenstrasse 18 und 4). **Arbeiter Gebhardt** und **Else Kromm** (H. Brankstrasse 3 u. Erbehorn). **Fleischer Reilich** und **Anna Raab** (Bismarckstrasse 48). **Ramer Brau u. Helene Jaculi** (Dachstrasse 11 und Al. Ulrichstr. 10). **Edwin Reilich** und **Helene Gottschalk** (Hüttenchen und Langestrasse 16).

Geboren: **Schuhmacher Derold** 2. (Hüttenstr. 4). **Bahnarbeiter** **Lehling** 2. (Hüttenstr. 19). **Schneid. Arbeiter** **E. (Hüttenstr. 6)**. **Lehrer** **Rud. Sohn** (Schmiedstrasse 108). **Gef. Geb.**: **Arbeiter** **Derold** 2. 10 Mon. (Ludwigstr. 11). **Arbeiter** **Edwin Gebert** (Agnes geb. Wollman, 29 3) (Gr. Schloßgasse 10). **Lehrer** **Richard Niedinger** (Eberl. Minna geb. Schmeiker, 54 3, Merseburgerstr. 100).

Klosettpapier bünne und fest, Rolle 18 d. **C. F. Ritter**, Leipzigerstr. 90.

Für die Inserate verantwortlich: H. v. S. J. u. e. — Druck der Halle'schen, Genossenschafts-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Bezugspreis: vorm. Aug. 1908, jetzt H. 3 d. n. g. — Samml. i. Halle a. S.



Das Ende der Obstruktion.

Die parlamentarisch-politische Geschichte Österreichs ist reich an Ueberraschungen; in seinem Parlamente der Welt ist so oft und so viel von dem Mittel der Obstruktion Gebrauch gemacht worden, wie in anderen parlamentarischen Staaten. Das hat seine tiefere Ursache vor allem in den nationalen Gegensätzen des Landes, die bei jeder Gelegenheit aufeinander prallen und naturgemäß auch im Parlamente ausgetragen werden. Die Vorgänge, die sich letzte Woche in Form der scheidungsgerichtlichen Obstruktion im österreichischen Reichsrat abgespielt haben, lassen deutlich erkennen, daß sich daran auch im Parlamente des allgemeinen Wahlrechts kaum etwas geändert hat. Das Parlament kann in Österreich nur dann arbeitsfähig gemacht werden, wenn die ganze nationale Bevölkerung des Staates einer gründlichen Veränderung und Umwälzung unterzogen wird. Der Regierung, besonders dem derzeitigen Ministerium Wieners, scheint der gegenwärtige Zustand des nationalen und politischen Drunter und Drüber allerdings weit angenehmer zu sein, ist ihr doch dabei leichter die Möglichkeit gegeben, unter Vermeidung des verhängnisvollen 14. außerparlamentarisch zu regieren. Es ist in Österreich nicht anders als in Preußen-Deutschland. Die Agrarier bestanden hier wie dort das Parlament nur dann als ein brauchbares Instrument, wenn sie es ausschließlich in ihrem Klasseninteresse verwenden können. Die österreichische Regierung kommt natürlich den Wünschen der agrarischen Interessentengruppen auch im weitesten Maße entgegen und hat damit, wohl in einer gewissen Absicht, die gegenwärtige parlamentarisch-politische Situation mit geschaffen helfen.

Nachdem schon vorher die deutschen Agrarier zur Abwehr ihrer drohenden Zollschneiseinteressen die Obstruktion angedroht haben, sind, wie bekannt, am Mittwoch voriger Woche die scheidungsgerichtlichen und später die ganze flammende Union in die Obstruktion eingetreten. Sie forderten die nationale Konstitution des Reichsrats Wieners und die „Parität“ in der Regierung. Durch Einbringung von etwa 40 Dringlichkeitsanträgen, die nach der Geschäftsordnung des österreichischen Reichsrats alle nacheinander behandelt werden müßten, verhielten sie die Arbeitsfähigkeit des Reichsrats illusorisch zu machen. Der Reichsrat trat infolgedessen Tag und Nacht, bis am Sonnabend nach Mittnachts durch Annahme des Geschäftsordnungsantrages Krel-Skramaratz der scheidungsgerichtlichen Obstruktion nach einer Dauerzeit von 86 Stunden ein Ende gemacht wurde. Der Antrag, der vorläufig auf ein Jahr angenommen wurde, schließt für diese Zeit jede Obstruktion aus, da er fast die ganze parlamentarische Machtwortigkeit in die Hände des Präsidenten legt. So lautet der Antrag in seinem wichtigsten Teile:

Zum Zweck der Fortentwicklung jeder Sitzung und jedes Abhandlung der Geschäftsordnung und der Handhabung der Arbeit des Reichsrats der Abgeordnetenhauses ist es durch die Beschlüsse der Sitzung zu machen, die Verhandlung von Jurisprudenzanträgen, für welche die dringliche Behandlung erforderlich wird, sowie die Fortsetzung solcher Verhandlungen und die Fortsetzung der Beratung von Interpellationen, die in der letzten Sitzung nicht beendet werden konnte, nach seinem Ermessen im Verlauf oder am Schluß der Sitzung vornehmen zu lassen, die Gewährung einer Pause vor der Abstimmung zu bewerkstelligen und die Anträge zur formalen Geschäftsbehandlung keine andere Abstimmungsart als die einfache durch Erheben von den Sitzen zuzulassen.

In der Falle einer schmerzlichen Beleidigung des Reichsrats oder einer offenen Verächtlichkeit gegen seine Anordnungen ist der Präsident befugt, den schuldtragenden Abgeordneten auf die Dauer der betreffenden Sitzung, eventuell auch für die folgende oder für die zwei nächstfolgenden Sitzungen auszuschließen.

Für diesen Antrag, der in seiner Tendenz und in der Tragweite eine Entschloßener Opposition bedeutet, hat auch die sozialdemokratische Reichsratsfraktion getimmt. Sie ließ sich dabei angeblich vornehmlich von dem Gedanken leiten, das Parlament unter allen Umständen „arbeitsfähig“ zu erhalten und zu verhindern, daß die Regierung zum 14. greift. Soweit dieser Gedanke sich hat, bleibt es doch immerhin für eine grundsätzliche Oppositionspartei eine äußerst genaue und geschickte Sache, die Hand zur Einschränkung der Opposition zu bieten. Das kann sich gelegentlich später einmal bitter an der Partei rächen. Und im letzten Grunde ist die auf solche Weise hergestellte „Arbeitsfähigkeit“ genau so wie die dadurch etwa gewonnene Macht des Reichsrats der Regierung gegenüber doch nur eine Scheinbar. — Inwiefern mag die Zukunft entscheiden, ob die Haltung der Partei prinzipiell und tatsächlich klug und richtig war.

Für den Antrag traten noch die Slawen und Christlichsozialen ein, während die deutschösterreichische Gruppe die Einschränkung der Obstruktionsmöglichkeit ablehnte.

Die Kapitulation der Obstruktion.

Wien, 19. Dezember. Heber das Ende der Obstruktion und die Annahme des Geschäftsordnungsantrages wird aus dem Abgeordnetenhaus nach berichtet: Im 12½ Uhr benutzte der Abgeordnete Durich seine Rede und zog seinen Dringlichkeitsantrag zurück, worauf sämtliche Dringlichkeitsanträge samt dem Geschäftsordnungsantrage von Krel-Skramaratz angenommen wurden. Der Abgeordnete Krel begründete hierauf die Dringlichkeit dieses Antrages.

Nachdem die Abgeordneten Krel und Skramaratz die Dringlichkeit ihres Antrages begründet hatten, erklärte Ministerpräsident Herr v. Wieners, er sei sehr erfreut zu sein, daß die Reform der Geschäftsordnung aus der Initiative des Hauses selbst hervorgegangen sei. Die Regierung werde ein rationales Zustandekommen der Reform tunlichst fördern und ein rationales Zustandekommen einer reichen, fruchtbareren Hoffe, daß die den Ausgangspunkt einer reichen, fruchtbareren Tätigkeit des Hauses bilden werde. (Beifall.) Hierauf ergrieff der Abgeordnete Krel das Wort. Er erklärte, die Deutschen hielten für die Reform der Geschäftsordnung, aber auf gesetzlichem Wege, besonders nach den Erfahrungen, die sie hinsichtlich der Verengung der Fraktionen durch die slavische Mehrheit im österreichischen Parlament bereits an sich zu spüren bekommen hätten. Die Abgeordneten Weinberger und Pro erklärten die Dringlichkeitsanträge für ab-

solut gesetzwidrig und unheilvoll für das deutsche Volk, das auf Gnade und Ungnade der slavischen Mehrheit ausgeliefert werden soll.

Abgeordnete Weber erklärte, die Sozialdemokraten würden für die bestmögliche Herabsetzung der Geschäftsordnung kämpfen, sie ihnen gerade Opfer auferlege und eigentlich gegen sie gerichtet sei. Sie sei aber das einzige Mittel, um aus der gegenwärtigen Notlage herauszukommen. Web. erklärte die Herabsetzung der Geschäftsordnung für ein wohlüberdachtes Verbot der slavischen Majorität gegen das Deutschthum und bekämpfte den Antrag unter beifälligen Ausfällen gegen Kramarz. Im Namen der Italiener sprach sich Conci für die Veränderung aus, weil sie die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände wünsche.

Nach weiterer Debatte, in welcher auch der Abgeordnete Müller namens der Christlichsozialen und Glombitski namens des Polenklubs für die Dringlichkeit eintraten, wurde zur Abstimmung geschritten, die auf Antrag der Ruthenen Tylowitsch und Wolf namentlich erfolgte. Mit 315 gegen 91 Stimmen wurde die Dringlichkeit der Anträge betreffend die Herabsetzung der Geschäftsordnung angenommen. Der Antrag Weinbergers auf Einführung der deutschen Parlamentsprache wurde abgelehnt.

Um 11½ nachts schließt der Präsident Bittai die 86-kündige Dauerfrist und erklärt, das österreichische Parlament habe den Erfolg in ganz Europa geschlagen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 20. Dezember 1909.

Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Am Mittwoch, 22. Dezember, abends 8½ Uhr, findet im Volksklub eine gemeinlichliche Sitzung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre statt. Diese Gewerkschaft, welche dem Kartell angegeschlossen ist, hat dazu zwei Vorstandsmitglieder zu ernennen. Von der Partei werden die Funktionäre nach § 12 der Statuten zu ernennen.

Für die Gewerkschaften: J. A. M. Gildenberg. Für die Partei: J. A. R. Reimann.

Der zweite Jahresabend für Kinder

findet Dienstag, den 21. Dezember, nachm. 5 Uhr, im Volksklub statt. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß dieser zweite Abend nur eine Wiederholung des ersten ist. Der also am 15. Dezember dem Nichtbildvortrag gefolgt hat, soll den vielen andern Kindern, die beim ersten Abend keine Willkür mehr erhalten konnten, den Platz nicht wegnehmen. Auf den Willkür ist der 22. Dezember vorgemerkt; sie gelten aber nur für den 21. Dezember.

Bei den Wahlen zur Jubiläums-Versammlung

ist für den 10. Wahlzettel der Landesversicherungsanstalt Sachsendorf der Genosse Gildenberg als Ausschussmitglied für die nächsten 5 Jahre gewählt worden.

Mit feierlicher Amtseinführung

sucht der Generalangezeiger sich selbst und seine Leser über die Plamange hinwegzuführen, die ihm der Fall Krammer eingetragen hat. Am Freitag abend zeigte der Monitor die Aufsehen erregende Nachricht mit folgenden dürren Worten an: Stadtrat Dr. Krammer hat sein Amt als befristetes Mitglied des Magistrats niedergelegt und wird sich hier als Rechtsanwalt niederlassen.

Nun wagt ihr! Andere Blätter wußten der interessanten Tatsache natürlich einige Worte mehr zu widmen, und die Saalezeitung schwang sich sogar zu einigen bedeutenden Redensarten gegen den Oberbürgermeister auf. Hiernach sah auch die amtliche Redaktion des Generalangeizers ein, daß sie aus den an der Hand Worten zu Dr. Krammers Abgang deren drei machen müßte. Sie besann sich also, daß Herr Krammer „angewiesene Bediente“ um des Gemeinwehns Befehl und nicht einige haben auf. Wie lange bei dieser Gelegenheits die Geschloren beim „General“ hingen, wollen unsere Leser nachfolgendem Zitat aus seiner Sonntagsnummer selbst erfahren:

Stadtrat Dr. Krammer hat, wie mir bereits gestern mitteilen, sein Amt als befristetes Magistratsmitglied niedergelegt. Die städtische Verwaltung verliert dadurch einen sehr tüchtigen Juristen, der in den 3½ Jahren seiner Tätigkeit als Stadtrat sich ungewöhnliche Verdienste um unser Gemeinwesen erworben hat. Die Verbreiterung der Großen Altkirchstraße, die Verbesserung der Verhältnisse unserer städtischen Landgüter, die Verleitung der Mühlgänge bei der Gasversorgung der einverleibten ehemaligen Vororte sind im wesentlichen dem Stadtrat Dr. Krammer zu danken, der auch fast alle schwereren juristischen Angelegenheiten der Stadt bearbeitet hat und Dezentrat für die Nationalisten und die Angelegenheiten des Stadtkassiers war, in welcher letzterer Eigenschaft er u. a. durch eine Reorganisation der Pensionstelle für die Wünnengastwärtigen Lebensfähig gemacht hat. Wenn aber die Saale-Ztg. die Tatsache der Amtsniederlegung zu Ausfällen gegen den Oberbürgermeister Dr. Rüdiger benutzt, so hat sie damit kaum den Absichten des Herrn Dr. Krammer entsprochen, und am allerwenigsten dessen Interessen wahrgenommen, was schon daraus hervorgeht, daß wohl sämtliche Mitglieder des Magistrats in diesem Falle auf der Seite des Oberbürgermeisters stehen.

Die Saalezeitung sagt dazu ganz richtig, daß hiermit die Ansicht Differenzen zwischen Oberbürgermeister und Stadtrat hätten zu der Amtsniederlegung geführt, Verletzung insofern. Sehr bedauerlich aber für die Auffassung, welche der Generalangezeiger, oder dessen Redaktion, von der Stellung der Presse gegenüber Behörden usw. hegt, ist der Fall von den Interessen des Herrn Krammer. Ob der Herr Krammer oder Herr Schulze oder Herr Weisung juristisch seien, ist nicht vollkommen gleich. Hier handelt es sich um die Interessen des Gemeinwehns und nicht um die des Herrn Krammer. Die Unterscheidung zwischen beiden ist indes allerdings dem Generalangezeiger aus „amtlichen Gründen“ gänzlich abhandeln gekommen zu sein. Und weiter, der offiziöse Mitarbeiter des Generalangeizers sagt, daß sämtliche Mitglieder des Magi-

strats in diesem Falle „gang auf der Seite des Oberbürgermeisters“ stehen. So, widerlich! Und in anderen Fällen die Herren also nicht auf der Seite des Oberbürgermeisters gestanden? Der offiziöse behauptet bemerkt, daß Differenzen innerhalb des Magistrats bestehen. Das verneint sich ganz vorzüglich mit dem, was wir am Sonnabend über das Verhalten der Magistratsmitglieder sagen konnten. Liebergenut tut aber die Stellungnahme der Magistratsmitglieder zu der Angelegenheit gar nichts. Und daß es darauf an, was die Stadtvorordneten als Vertreter der Allgemeinheit zu sagen haben. Und wenn wir nun auch nicht glauben, daß die ans Krammer vom Oberbürgermeister gewünschten bürgerlichen Stadtvorordneten ihm Unschämlichkeiten sagen werden, so nehmen wir doch an, daß sie sich heute abend doch nicht alle gang auf der Seite des Oberbürgermeisters stellen. Sollten sie in diesem Sinne vollständig verfallen, so werden unsere Genossen dafür sorgen, daß die Frage in gebührender Form angefaßt wird. In dem Bericht über die Sache darf dann der Generalangezeiger auch einmal etwas anderes laut werden lassen, als in dem Ratstause ausgekehrt worden ist.

Mitpreußische Sparpolitik

beginnt in der allgemeinen Verwaltung unserer Stadt ihren Einzug zu halten. Bisher wurden für die sämtlichen Magistratsbüros sieben Exemplare des Volksblattes bezogen. Für dieses glaubt der Magistrat vom ersten Januar ab entbehren zu können. Die Exemplare ist groß. 36 Mt. Abonnementsgebühr im Jahr. Rechnen wir noch das, was bei der Handabnahme erparnt wird, hinzu (das Volksblatt wird im Rathaus nur mit Handabnahme abgegeben) und multiplizieren den ganzen Betrag mit hundert, dann haben wir bereits eine v. Solliche Steuerentlastung. Statt 200 Prozent beträgt der Steuerzahler im nächsten Jahr dann nur 199 zu bleiben. Heil!

Halle im ärztlichen Verfall.

Das mit der Ueberricht cavete collegas (etwa: Hüte euch, Kollegen!) verheerete Verzeichnis des Verbandes der Metzge Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen jener Orte, in welchen Metzgerkonflikte bestehen, enthält zur Zeit immer noch 110 Ortsnamen. Während des Hochgangs der Metzgerbewegung vor einigen Jahren, war die Zahl dieser Orte auch kaum größer, woraus sich ergibt, daß diese Bewegung an Energie nicht viel nachgelassen hat. Unter den aufgelisteten Orten, nach welchen die Metzge den „Zusatzung zu machen“ sollen, befindet sich eine ganze Reihe großer Städte wie Bremen, Göttingen, Dresden, Frankfurt am Main, Halle a. S., Köln a. Rh., Königsberg in Preußen, München, Offenbach a. M., Wiesbaden usw. In diesen Orten scheint sogar Krieg auf der ganzen Linie entbrannt zu sein, weil bei ihnen das Verzeichnis nicht angibt, mit welcher Intention der Konflikt besteht. Im übrigen ist bemerkenswert, daß in ziemlich vielen Fällen die Differenzen mit Betriebskassentafeln und ähnlichen Stellen bestehen. Es sei nur hervorgehoben die Betriebskassentafel in Gera, die Fabrikantenkassentafel in Göttingen, die Knappheitskassentafel in Strupp in Weidburg usw. Bei vielen, besonders kleinen, Orten, dürfte es sich auch nur darum handeln, daß mit der Ueberricht die Metzger die Ueberricht nicht „unten“ queme Konkurrenz verhindern wollen. Das ist selbst schon auf der Ueberricht konstatiert worden.

Im allgemeinen drängt die Metzgerfrage immer mehr zu einer gesetzlichen Lösung. Die gegenwärtigen, durch ärztliche Standesordnungen und Organisationen usw. erzeugten Zustände sind der Gesundheitspflege weit mehr schädlich als nützlich.

Das Ende der „Hausmission“.

Vielleicht haben unsere detaillierten Angaben über das interessante Geschick des Leiters der „Hausmission“, des Herrn Grundmann, dazu beigetragen, der Sache schnell das verdiente Ende zu bereiten. Der Herr ist aufgegeben worden, das am Grundhilt Richard Wagner. 42 angebrachte Schick mit der Bezeichnung Hauptst. der Hausmission sofort zu entfernen. Feiner wird der großzügigen Milionsgesellschaft unterlag: 1. Das weitere Tragen der Uniformen und Abzeichen; 2. daß sie sich als Missionare begen. Missionare, bezeichnen; 3. daß sie Kollekten unter irgend welcher Bezeichnung einnehmen; 4. daß die Diktaturen und sonstigen dem Publikum zugänglichen Druckschriften oder Schriftstücke die Bezeichnung Hauptst. der Hausmission führen und 5. daß sie als Arbeitgeber ihren Angestellten Legitimationen in der bisherigen Form ausstellen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird eine Geldstrafe von 140 Mark gegen die „Hausmission“ festgesetzt werden, an deren Stelle im Unvermögensfälle für je 10 Mark ein Tag Haft tritt.

Interessant ist auch das Verhalten der Polizei bei dieser Sache. Sie bezeichnet es als dringend erwünscht, daß ihr von jedem Verstoß gegen diese Auflage sofort Kenntnis gegeben wird, damit Grundmann und seinen Gefolgsleuten endlich das Handwerk gelegt werden kann. Den Herrn des Volksblattes werden sofort Kenntnis von diesem für die Allgemeinheit sehr mißverständlichen Wunsch zu geben fällt dem „guten Geist“ der halloischen Polizei nicht ein. Das Volksblatt ist „polizeistraflich“ nicht vorhanden — und überhaupt, seitdem die wichtigsten Funktionen bei der Bekämpfung des Polizeihundes unbedenklich überlassen kann, hat man die Presse nicht mehr nötig. Bis auf die „amtlichen Organe“, mittels welcher die polizeilich festgesetzte Meinung „langzeit“ werden muß.

Was versteht man unter „früh“?

Mit dieser im geschäftlichen Leben nicht uninteressanten Frage befaßte sich das hiesige Gewerbegericht in der Sache des Betriebsleiters Schröder aus Könnern, der gegen den Biergroßhändler Lejmer von hier in der letzten Sitzung seinen Nichterstellung in die ihm verprochene Geschäftslegung legte. Der Betriebsleiter war bei 1000 Mt. Jahresgehalt für das Lehmerische Geschäft engagiert worden und hatte am Sonntag, den 5. Dezember, nach Könnern einen Brief erhalten, in dem ihm mitgeteilt worden, wenn er die Stelle bestimmt annehmen wolle, dann solle er sich bis spätestens Dienstag früh 7 (7. Dezember) im Geschäft des Herrn vorstellen, damit die notwendigen Abmachungen getroffen werden könnten. Im die Stelle festzumachen, war Schröder extra von einer Reise nach

Walhalla-Theater
 Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
Nur noch Montag, Dienstag, Mittwoch:
Mörbitz-Gastspiel!!
 Ausserdem das Kolossal-Programm.
 Anfang 8 1/4 Uhr.
 (Donnerstag und Freitag geschlossen).

Verlobungs-Ringe
 fingerlos, echt Gold, von 4 Mk. an, das Beste, was jeweils fabriziert wird, empfohlen unter vollster Garantie
Bruno Klinz, Goldschmied.
 Gr. Ulrichstrasse 41. 5 Prozent Rabatt.

Nürnberger Lebkuchen
 (von Metzger) werden wieder frisch eingetroffen.
Spekulatins
 1/2 Pfund-Paket 75 Pfg.
Spekulatins
 II. (ausgehoben) 1 Pfund 75 Pfg.
Tannenbaumbehang
 (in Biskuit und Schokolade)
 empfiehlt in allen Preislagen
A. Trautwein,
 Gr. Ulrichstr. 31.
 Mitglied des Rabatt- u. Spar-Vereins.

Weissenfels. Weissenfels.
 Eisenwaren-Handlung.
Wringmaschinen
 unter Garantie.
Albert Bohrmann.

Ein guter, schmackhafter Pfefferkuchen
 auf dem Weihnachtstische erhöht nicht nur die Weihnachtsfreude, sondern ist auch der Gesundheit dienlich. Einen solchen erhält man stets zu billigsten Preisen bei
Rob. Schirmer, Honigkuchen-Fabrik,
 Forsterstrasse 54,
 Leipzigerstrasse 71 - Mansfelderstrasse 43.
 Telephone No. 931.

Reizende Geschenke in Parfüm- und Seifen-Kart. von 45 Pfg. an,
 enorme Auswahl, von nur guten Firmen.
Schwammpropagier, Leipzigerstr., gegenüber Bänke.
 Leere Flaschen, sowie in feinsten Sorten, geeigneten von Blumengerüchen nachgefüllt und mit frischen Etiketten versehen.

Weihnachtsstollen
 in allen Preislagen
 I. prima schwere Qualität.
 II. leichtbekömmliche Qualität
 à Pfd. 40 Pfg.
Max Känel, Geistsstrasse 46, Harz 12.
 Fernruf 2051.

Jeden Dienstag **Schachfest.**
 O. Grabau
 Mansfelderstr. 3.
 Jeden Dienstag **Schachfest.**
 6 Uhr: Weiskes u. Sauerkolb
 Joh. Fischer, u. Rosenl. S.

Stadt-Theater
 in Halle a. S.
 Direktion: Hofrat M. Richards.
Dienstag den 21. Dez. 1909:
 99. Abonn.-Vorst. 3. Viertel.
 Mit dem neuen (genüßl. Musikst.)
Lohengrin.
 Romantische Oper in 3 Akten
 von Richard Wagner.
 Koffenöffn. 7 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Ende gegen 11 1/2 Uhr.

Wittwoch, den 22. Dezbr. 1909:
 nachmittags 3 1/4 Uhr:
 5. Weihnachts-Kinderoperstückerung
 zu keinen Preisen.
 Zum 5. Male:
 Mit vollständig neuer
 glänzender Musikst.
Aschenbrödel
 oder: **Der gläserne Pantoffel.**
 Weihnachtsmärchen mit Gesang
 und Tanz in 6 Akten
 v. E. M. Mauthner.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 100. Abonn.-Vorst. 4. Viertel.
 Novität! Novität!

Der fidele Bauer.
 Operette in 3 Akten
 von Leo Fall.
 (Komponist der Zollarvirensinf.)

Neues Theater.
 Direktion: E. M. Mauthner.
Dienstag den 21. Dezember:
Das nackte Weib.

Die solidesten
Rucksäcke, Gamaschen, Marktaschen, Frühstücksmappen, Brottaschen, Leder-Manschetten, Damentaschen, Hosenträger, starke Leder-Portemonnaies
 zu ganz billigen Preisen
 empfiehlt
Paul Göldner,
 Sattlerei u. Lederwarenfabrik,
 Leipzigerstr. 67.
 Grösste Auswahl am Platze.

Wilhelm Ratsch, Zellulosefabrik, Ammendorf,
 Wörlitzerstr. 4 und Hallescherstr. 21,
 offeriert den verehrten Einwohnern
 und der Arbeiterschaft bei sorg-
 fältigster, aufmerksamer und reeller
 Bedienung zu äussersten Preisen,
 frei Haus abbracht,
**Zucker gemahlt, nur mit anderen
 Waren** Rfd. 21 Pfd.
 Nofinen und Korinthen Rfd. 50, 40, 36 Pfd.
 Sultaninen Rfd. 70, 60, 50 Pfd.
 Mandeln, süß Rfd. 140, 125, 105 Pfd.
 - bitter, Erstg. Rfd. 85 Pfd.
 Zitronat Rfd. 75, 68, 60 Pfd.
 Margarine Rfd. 90, 80, 70, 60 Pfd.
 Backfahms Rfd. 68 Pfd.
 Süßmandeln Rfd. 70 Pfd.
 Altmarkter Nuts- und Nusskerne
 im ganzen Rfd. 90, 75 Pfd.
 Altmarkter Schinkenpied im ganzen
 Rfd. 120 Pfd.
 Altmarkter Cervelat- und Salamis
 auch im ganzen Rfd. 140 Pfd.
 Altmarkter Ansbauerwurst zum
 Kochen im ganz. Rfd. 106 Pfd.
 Altmarkter Wollschinken im ganzen
 Rfd. 160 Pfd.
 Reine Bäume u. Tafeläpfel billigt,
 Apfelkuchen und Zitronen Stück
 von 5 Pfd. an.
 Bis 21. Dezember erhält jeder
 Kunde bei seinem Einkauf an
 Selbstbed. eine elegante Wand-
 table sowie

Abreisfahnder gratis
 5% Rabatt extra.
 Wägenfuhren jeder Art bei bill.
 Alb. Ackermann, Witzberg 10.

Das neue
 Gesellschaftsspiel
"Returno".
 In feinen Karton 1,80 Mk.
 Große Ausgabe 3,75 Mk.
Ritter,
 Leipzigstr. 20.

UMSONST
 liefern wir Ihnen **Konzert-Sprechmaschine.**
 eine prima
 Um unsere anerkannt vorzüglichen Künstler-, Orchester- und
 Gesangs-Aufnahmen überall schnell durch Weiterempfehlung
 einzuführen, haben wir uns entschlossen,
5000 Sprechmaschinen
zu verschenken! :: ::
 Verlangen Sie sofort Prospekte über alle Arten Instrumente
 gratis und verstümen Sie nicht, von unserem günstigen An-
 gebot Gebrauch zu machen. Eine Postkarte genügt. Täglich
 gehen viele Dankschreiben ein.
Musikhaus Berlin & Co. 310 Brückenstr. 13
 Vertriebs-Zentrale erster Musikinstrumente-Fabriken Deutschlands.
 Vertreter überall gesucht.

Prämie für unsere Abonnenten.
 Es ist ein reizvolles Werk, das wir unsern geschätzten Abonnenten bieten, und das
 bei jung und alt viele Freunde haben wird. — Das hochinteressante Werk betitelt sich:
Die Vögel der Erde
 und enthält 239 in den wundervollsten natürlichen Farben schillernde getreue
 Abbildungen unserer gesamten gefiederten Welt, von den
 Singvögeln (Amsel, Drossel, Nachtigall, Zaunkönig,
 Lerche, Leierschwanz, Meise, Finke, Stieglitz,
 Zeisig usw.),
 Klettervögeln (Specht, Kuckuck, Eisvogel usw. usw.),
 Laufvögeln (Strauss, Kasuar, Nandu, Kiwi usw. usw.),
 Sumpf-, Wat- oder Stelzvögeln (Kranich, Sumpfhuhn,
 Schnepfe, Flamingo, Reiher, Storch usw. usw.),
 Hühnervögeln (Auerhahn, Wachtel, Fasan, Plau,
 Haushuhn usw. usw.),
 Schwimmvögeln (Gans-, Enten- und Schwanarten,
 Pelikan, Möwenarten, Seeschwalben usw. usw.),
 Tauben (Lach-, Ringel-, Wander-, Kropf-, Turtel-
 tauben usw. usw.)
 an bis zu den
 Raubvögeln (Geier, Adler, Falken, Habicht, Eulen
 usw. usw.)
 mit eingehender und sehr lehrreicher Beschreibung ihrer Lebensweise, Brutzeiten,
 ihres Aufenthaltes während der verschiedenen Jahreszeiten usw. Ferner gibt das Buch
 eingehende Auskunft über die Sinnesorgane, Muskulatur, Atmung, Verdauungsorgane,
 den Blutkreislauf usw. der gefiederten Welt.
 Wir sind in der Lage, dieses für jung und alt hochinteressante Werk, betitelt:
„Die Vögel der Erde“, unsern werten Abonnenten zu dem billigen Preise von
2.50 Mark
 als Weihnachtsprämie abgeben zu können und werden Bestellungen in unserer Buch-
 handlung entgegengenommen. Ein Exemplar liegt daselbst zur Einsicht bereit.
 Für auswärtig sind 80 Pfg. für Porto und Verpackung dem obigen Betrage
 beizufügen.
Volksbuchhandlung Halle a. S.,
 Harz 42/43.

Frische, reine
Palm-Butter
 Pfund 54 Pfg.
F. H. Krause.

Malkästen für Aquarell, Oel,
 Porzellan, Pastell.
Giftfreie Wasserfarben für Kinder.
Tuschkästen und Reisszeuge für den Schulgebrauch.
Max Rädler, Farbenhandlung, Halle (Saale),
 Rannischestrasse 2.

Alle Parteischriften zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung.**